

## »Demokratisierung ist doch albern!«

### Vier Professoren und die Studentenrevolte an der CAU Kiel

Im Herbst 1969 konstatierte der Kieler Professor für Romanistik, Karl August Ott, in einer seiner Vorlesungen »Demokratisierung ist doch albern!«.<sup>1</sup> Dieser Ausruf ist sicherlich in erster Linie als Reaktion auf eine unmittelbare Herausforderung durch Studierende zu verstehen, die im Hörsaal vor Ott saßen und mit ihm diskutieren wollten. Aus diesem Satz spricht aber neben Unverständnis für die Belange der Studierenden, die mit gesteigerten Partizipationsansprüchen auftraten und diese auch artikulierten,<sup>2</sup> nicht zuletzt eine beinahe trotzigte Abwehrhaltung in Bezug auf das jahrelange Ringen um mehr Mitbestimmung<sup>3</sup> in Entscheidungsprozessen. Die Bemühungen um eine Hochschulreform und die aufkommenden Studentenproteste Ende der 1960er Jahre sorgten für teils verhärtete Fronten zwischen und innerhalb sämtlichen Akteursgruppen: Studenten legten sich mit den Professoren an, Professoren verbündeten sich gegen das Rektorat, der Senat schoss gegen den Kultusminister und dann wiederum verbündeten sich einzelne Professoren mit den Studierenden, um deren Anliegen zu diskutieren und für eine Verbesserung der Studienbedingungen einzutreten. Dass Demokratisierung etwas Albernes sei, lässt eine eher reformfeindliche Haltung innerhalb der Professorenschaft erahnen, die längst nicht nur in Kiel, sondern bundesweit an den Universi-

---

1 Flugblatt vom 6. November 1969, Stadtarchiv Kiel, Z 297, Bestand Zeitzeichen.

2 Vgl. Stefan Bichow: Die Universität Kiel in den 1960er Jahren. Ordnungen einer akademischen Institution in der Krise, hg. v. Christoph Cornelißen (Kieler Werkstücke, Reihe H: Beiträge zur Neueren und Neuesten Geschichte, Bd. 3), Frankfurt am Main 2013, S. 19.

3 Die Forderung nach einer Demokratisierung der Universität und nach mehr Partizipationsmöglichkeiten sollte vor allem durch das Konzept der Drittelparität erfüllt werden, also einer gleichberechtigten Vertretung von Professorenschaft, Assistentenschaft und Studierendenschaft in den Gremien. Vgl. Anne Rohstock: Von der »Ordinarienuniversität« zur »Revolutionszentrale«? Hochschulreform und Hochschulrevolte in Bayern und Hessen 1957–1976, hg. v. Institut für Zeitgeschichte (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 78), München 2010, S. 3.

täten festzustellen war.<sup>4</sup> Für viele Professoren war die Forderung nach mehr Mitbestimmung gleichzusetzen mit einem Verlust der Universitätstradition im Humboldt'schen Sinne. Die Freiheit von Forschung und Lehre und das Konzept der inneruniversitären Selbstverwaltung schienen bedroht und vor allem die Lehrstuhlinhaber sahen sich in ihrer Position angegriffen.<sup>5</sup>

Der vorliegende Beitrag widmet sich der Frage, vor welchen Herausforderungen die Universität und die Professoren standen und wie die gewachsenen Ansprüche einer sich im Wandel befindlichen Gesellschaft auf die Institution gewirkt haben. Dabei soll es zunächst um grundsätzliche Entwicklungen des Hochschulausbaus gehen, bevor ein besonderes Augenmerk auf die Studentenproteste in Kiel gelegt wird. In einem zweiten Schritt werden vier Fallbeispiele vorgestellt, die konkrete Konfliktfälle im Kontext der Studentenproteste in Kiel illustrieren. Es kann hierbei nicht das Ziel sein, einen typischen Professor der späten 1960er und frühen 1970er Jahre herauszuarbeiten. Vielmehr soll sich dieser Akteursgruppe anhand einzelner Blicke in die Quellen genähert werden, wodurch unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten und individuelle Einstellungen in Bezug auf die Forderungen der Studierenden hervortreten.

## Die ›langen 1960er Jahre‹<sup>6</sup> und die Bildungsexpansion

Bereits seit Mitte der 1950er Jahre wurde die sogenannte Bildungsexpansion, also die Erneuerung und der Ausbau des Hochschulwesens, längst nicht mehr nur in akademischen Kreisen diskutiert, sondern auch immer mehr in der breiten Öffentlichkeit.<sup>7</sup> In der Presse wurde immer häufiger die Forderung nach mehr Transparenz laut. Es sei an der Zeit, den Blick auf die deutschen Universitäten zu richten. Immerhin handele es sich, wie Rudolf Walter Leonhardt im *Hamburger Wochenblatt* Ende Oktober 1958 bereits feststellte, um eine »Institution unseres

---

4 Vgl. auch im Folgenden Sebastian Brandt: Universität und Öffentlichkeit in der Expansions- und Reformphase des deutschen Hochschulwesens (1955–1967), in: Universität, Wissenschaft und Öffentlichkeit in Westdeutschland (1945 bis ca. 1970), hg. v. Sebastian Brandt u.a., Stuttgart 2014, S. 115–140, hier: S. 130–131.

5 Christoph Cornelißen: Von der Aufbruchsstimmung zum Krisendiskurs der 1970er Jahre. Die Christian-Albrechts-Universität im Spiegel ihrer Rektoratsreden, in: Wissenschaft im Aufbruch. Beiträge zur Wiederbegründung der Kieler Universität nach 1945, hg. v. Christoph Cornelißen (Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Bd. 88), Essen 2014, S. 182–209, hier S. 185; Cornelißen hält es für »insgesamt bemerkenswert, wie rasch die Verantwortlichen an allen westdeutschen Universitäten an überkommene Bildungstraditionen anknüpften«, ebd.

6 Als die ›langen 1960er Jahre‹ wird in der Forschung der Zeitraum von etwa 1957/58 bis 1972/73 bezeichnet. Die Reformierung und Verrechtlichung des Hochschulwesens ist in Bezug auf das hier behandelte Thema insbesondere hervorzuheben. Vgl. Moritz Mälzer: Auf der Suche nach der neuen Universität. Die Entstehung der ›Reformuniversitäten‹ Konstanz und Bielefeld in den 1960er Jahren, hg. v. Manfred Hettling und Paul Nolte (Bürgertum Neue Folge. Studien zur Zivilgesellschaft, Bd. 13), Göttingen 2016, S. 13. – Christina von Hodenberg und Detlev Siegfried: Reform und Revolte. 1968 und die langen sechziger Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Wo ›1968‹ liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik, hg. v. Christina von Hodenberg und Detlev Siegfried, Göttingen 2006, S. 7–14, hier S. 8.

7 Brandt 2014 (wie Anm. 4), S. 115. – Vgl. auch Bichow 2013 (wie Anm. 2), S. 17.

öffentlichen Lebens«, nicht um eine »Tabu-Zone«.<sup>8</sup> Die Universitäten gerieten zunehmend in das kritische Blickfeld der Massenmedien und der Öffentlichkeit, eine Entwicklung, die Zeugnis dafür stand, dass sich die Gesellschaft längst verändert hatte. Der Nachkriegsboom hatte eine von Massenkonsum und Wachstum geprägte Gesellschaft hervorgebracht, die, so argumentiert Philipp Gassert in seinem grundlegenden Band zu Protestbewegungen seit 1945, auch eine »demokratischer[e] als die im 19. und frühen 20. Jahrhundert dominierende Industriegesellschaft« war.<sup>9</sup> Breiten Bevölkerungsteilen bot sich nun Zugang zu bisher unerreichten Produkten und höherem Lebensstandard.

Mit dem massenhaften Wohlstand ging ein Wandel in der Arbeitswelt einher, der neue Spielräume eröffnete, etwa für Frauen, Arbeiter aber auch für Jugendliche. Dienstleistungen wurden wichtiger und der Wissenschaft und Bildung kam somit eine immer größere Bedeutung zu. Die Formierung eines »neuen Mittelstandes« ging einher mit einer »Verwissenschaftlichung der Gesellschaft«.<sup>10</sup> Hinzu kam die Tatsache, dass die geburtenstarken Jahrgänge der 1930er und 1940er Jahre nun in die Universitäten strömten. In den zehn Jahren seit der Gründung der Bundesrepublik hatte sich die Zahl der Studierenden verdoppelt und seit Mitte der 1950er Jahre stiegen die Zahlen wiederum rasanter an.

Das Resultat war ein Massenbetrieb an den Unis: überfüllte Hörsäle, Seminare und Bibliotheken, Wohnungsmangel und überforderte Studierende, die aufgrund des Platzmangels immer länger studierten. Ein angemessenes Betreuungsverhältnis zwischen Professor und Student war bei der Menge an Lernenden überhaupt nicht mehr zu gewährleisten und für die Forschung blieb immer weniger Zeit.<sup>11</sup>

Gleichzeitig ging es vielen Menschen mit der Bildungsexpansion nicht schnell genug, denn im internationalen Vergleich, so die damalige Auffassung vieler Beobachter, könne die Bundesrepublik auf Dauer nicht mithalten.<sup>12</sup> Aus ökonomischer Sicht sorgte man sich um die internationale Konkurrenzfähigkeit. Aus gesellschaftspolitischer Sicht wurden wiederum die soziale Ungerechtigkeit und ungleiche Bildungschancen angeprangert. Der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften schien trotz der gestiegenen Studierendenzahlen nicht gedeckt. 1964 brachte der Philosoph, Theologe und Pädagoge Georg Picht es mit seiner vielzitierten Losung von der deutschen Bildungskatastrophe<sup>13</sup> auf den Punkt und befeuerte damit auch auf politischer Ebene die seit Mitte der 1950er Jahre zu beobachtende Reformphase. Ebenso wie Picht trat der

---

8 Zit. nach Brandt 2014 (wie Anm. 4), S. 116.

9 Hier und im Folgenden Philipp Gassert: *Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945*, Stuttgart 2018, S. 109–110.

10 Brandt 2014 (wie Anm. 4), S. 119, auch im Folgenden.

11 Vgl. Brandt 2014 (wie Anm. 4), S. 119–120.

12 Vgl. im Folgenden Brandt 2014 (wie Anm. 4), S. 121–122.

13 Georg Picht: *Die deutsche Bildungskatastrophe*, München 1965.

Soziologe Ralf Dahrendorf für eine Erhöhung der Abiturienten- und Studierendenzahlen ein, allerdings weniger aus einem ökonomischen Blickwinkel. Für ihn sollte die reale Chancengleichheit im Bildungswesen die Basis bilden für eine »moderne Gesellschaft in der Verfassung der Freiheit«, also Bildung als Bürgerrecht.<sup>14</sup>

Diese Reformphase hielt insgesamt bis in die Mitte der 1970er Jahre an. In der Forschung wird deshalb auch das Bild der 1960er Jahre als »Scharnierjahrzehnt« bedient, das das Ende einer klassischen von den Humboldt'schen Bildungsidealen geprägten Universitätsgeschichte darstellt.<sup>15</sup> Die Überlegungen zu konkreten Reformmaßnahmen wurden vom 1957 gegründeten Wissenschaftsrat zu Papier gebracht.<sup>16</sup> Die von diesem Rat 1960 veröffentlichten Empfehlungen dienten den Hochschulen als Orientierung bei ihrem anzustrebenden Um- und Ausbau. Die zu treffenden Maßnahmen betrafen zunächst hauptsächlich den Ausbau des Lehrkörpers und des akademischen Personals sowie mögliche Zulassungsbeschränkungen. Im Falle Kiels wurden diese inneren Umstrukturierungen begleitet von der sukzessiven baulichen Erweiterung des Campus', die in ihrer Architektur ebenfalls ein gewandeltes universitäres Selbstverständnis und eine »Öffnung in die Gesellschaft« verkörperte.<sup>17</sup> Es sollte sich jedoch bald zeigen, dass der rein quantitative, also in erster Linie personelle und bauliche Ausbau, nicht ausreichen würde.<sup>18</sup> Es galt, nicht nur die unmittelbaren Symptome zu lindern, sondern das Hochschulwesen für die veränderten Bedingungen der Gegenwart zu wappnen. Die Debatte fokussierte sich daher bald auf eine grundlegende Reform des Studiums an sich.

Die Idee eines allgemein- und menschenbildenden Studiums geriet zunehmend unter Druck, weil nun für immer mehr Studierende der Aspekt der Berufsausbildung im Mittelpunkt stand.<sup>19</sup> Was sich daher also oft beobachten lässt, ist gewissermaßen ein Ringen der Reformer zwischen dem Erhalten des traditionellen Humboldt'schen Bildungsideals auf der einen und den Forderungen nach Berufsausbildung auf der anderen Seite. Das humanistische Ideal nach Humboldt vom ganzheitlich gebildeten Menschen stand in Abgrenzung zu einer utilitaristischen, also auf Nützlichkeit, Stand oder Beruf konzentrierten Perspektive. Gerade jene utilitaristische Perspektive gewann vor dem Hintergrund der veränderten berufsweltlichen Ansprüche jedoch immer mehr an Bedeutung. Aber nicht nur der Ansatz der ganzheitlichen Bildung des Menschen wurde vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Entwicklungen

---

14 Ralf Dahrendorf: Die Schulfreundlichkeit der Praktiker. Eine aktive Bildungspolitik für Deutschland (2), in: Die Zeit vom 19. November 1965.

15 Vgl. Bichow, 2013 (wie Anm. 2) S. 13–14.

16 Vgl. im Folgenden Brandt 2014 (wie Anm. 4), S. 125. – Den ideellen Unterbau und Bezugspunkt bildete das Bildungsideal nach Wilhelm von Humboldt, vgl. dazu Mälzer 2016 (wie Anm. 6), S. 24.

17 Klaus Gereon Beuckers: Gebaute Bildungspolitik. Die architektonische Entwicklung der CAU, in: Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. 350 Jahre Wirken in Stadt, Land und Welt, hg. v. Oliver Auge, Kiel 2015, S. 175–215, hier S. 191.

18 Vgl. im Folgenden Brandt 2014 (wie Anm. 4), S. 126 u. 130.

19 Vgl. Brandt 2014 (wie Anm. 4), S. 127–128.

an den Universitäten immer unrealistischer. Auch der Grundsatz der Einheit von Forschung und Lehre, also der Idee, dass Studierende aktiv an der Forschung teilnehmen und dadurch selbst wissenschaftliches Arbeiten erlernen, muss vielen Hochschulangehörigen angesichts überfüllter Seminarräume oder Laborpraktika immer unrealisierbarer erschienen sein. Ebenso war die Bewahrung der Freiheit von Wissenschaft und Lehre, von freier wissenschaftlicher Arbeit ohne äußere Vorgaben oder Beschränkungen, Gegenstand wiederholter Forderungen der Professorenschaft innerhalb der Reformdebatte.

Erstmals wurden in den 1960er Jahren parlamentarische Schritte unternommen, um das Verhältnis zwischen Staat und Universität gesetzlich zu regeln. Bis dato gab es bis auf wenige Ausnahmen in keinem Bundesland Hochschulgesetze, die einerseits die Kompetenzen der Hochschulen und andererseits die Eingriffsrechte des Staates absteckten. Dort, wo früher Gewohnheitsrecht und Gutdünken der Professorenschaft herrschten, waren diese nun vom Kultusministerium angewiesen, eine Hochschulverfassung zu verabschieden.<sup>20</sup>

## Die ›'68er‹ in Kiel

Mit dem Aufkommen der Studentenproteste, den sogenannten ›'68ern‹, wurde die Debatte um Reformen zunächst verschärft, aber von den zunehmend radikaleren Auseinandersetzungen an den Hochschulen teilweise auch überlagert. Wichtig hervorzuheben ist, dass die Vorgaben des Wissenschaftsrates keine verpflichtenden Anforderungen für die Hochschulen darstellten. Der Erneuerungsprozess verlief keineswegs so dynamisch und schnell wie erhofft, weshalb die Universitäten in der Öffentlichkeit bald als reformunwillig galten.

Ähnlich wie in anderen Hochschulstädten fasste man die Bildung der großen Koalition aus CDU und SPD im Dezember 1966 auch an der Kieler Universität bisweilen kritisch auf.<sup>21</sup> Die politische Atmosphäre an der Universität veränderte sich, immer mehr Studierende engagierten sich in der Hochschulpolitik. Spätestens der 2. Juni 1967, als in Berlin der Student Benno Ohnesorg bei der Demonstration anlässlich des Besuchs des iranischen Schahs von einem Polizisten erschossen wurde, stellte auch für Kiel ein Schlüsselmoment dar. In den Tagen darauf fanden Trauerkundgebungen und Protestmärsche in Kiel statt, an denen sich auch das Rektorat und Professoren beteiligten. In den gleichen Zeitraum fielen erste große Protestkundgebungen gegen den Bildungsnotstand und für eine demokratisch verfasste Universität. Um die Jahreswende standen die Fahrpreiserhöhungen der KVG im Fokus der Proteste, an denen auch Kieler Schülerinnen

---

20 Tim Uekert: ›Jetzt müssen wir was machen‹: Der Wiederaufbau der zerstörten Universität nach dem Zweiten Weltkrieg und die Anfänge studentischer Protestkultur, in: Macht, Politische Kultur, Widerstand. Studentischer Protest an der Universität Kiel, hg. v. Markus Tauschek, Münster 2016, S. 20–28, hier S. 26.

21 Vgl. im Folgenden Wilfried Müller: Die Kieler Studierendenbewegung: Eine persönliche Chronologie, in: Auge 2015 (wie Anm. 17), S. 611–621, hier S. 615.



↑ **Abb. 1.** Streik an der CAU gegen die Notstandsgesetzgebung. Diskussion in der Mensa am Westring, in der ersten Reihe v. r.: Prorektor Prof. Dr. Wolfgang Herre, Rektor Prof. Dr. Horst Braunert, Rektor designatus Prof. Dr. Ludwig Weisbecker und Altphilologe Prof. Dr. Erich Burck. Foto 29.5.1968: Friedrich Magnussen, veröffentlicht unter der Lizenz [CC BY-SA 3.0 DE](#), Stadtarchiv Kiel, [Fotoarchiv](#), Sign. 21.564.

und Schüler in großer Zahl teilnahmen. Das Sommersemester 1968 begann wiederum mit einem emotionalen Paukenschlag: Der Wortführer des SDS Rudi Dutschke wurde am 11. April in Berlin am Kurfürsten-Damm angeschossen und verstarb einige Jahre später an den Folgen seiner Verletzungen. Ende Mai wurde an der Universität gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze gestreikt; Höhepunkt der Aktionen war eine Demonstration mit mehreren tausend Beteiligten.

Bekannte überregional diskutierte Themen der westdeutschen Studentenbewegung, etwa die Kritik am Vietnam-Krieg, an der mangelnden Aufarbeitung der NS-Vergangenheit der Eliten, an bestehenden Erziehungsmodellen, an staatlicher Autorität und Polizeigewalt, finden sich in unterschiedlichen Formen und Intensitäten auch in den Kieler Flugblättern und Studentenzeitschriften der Zeit wieder. Es waren jedoch Fragen nach der Studienreform, nach einer neuen Universitätsverfassung, nach dem Hochschulgesetz, nach einem neuen Ordnungsrecht für die bundesdeutschen Universitäten und die Ausgestaltung eines solchen Ordnungsrechts in Kiel, die immer im Hintergrund diskutiert wurden und wiederholt für Auseinandersetzungen sorgten. Insofern trifft die Einschätzung der Historikerinnen Anne Rohstock und Christina von Hodenberg, die Studentenbewegung habe zwar Einfluss auf die Veränderungen an den Hoch-

schulen gehabt, sei aber »weder der einzige noch alles bestimmende Faktor des ausgemachten Wandels« gewesen,<sup>22</sup> auch für Kiel zu. ›68‹ kann auch in Kiel als ein Höhepunkt innerhalb einer längeren Liberalisierungsphase gesehen werden.

## Vier Professoren im Visier der Studentenrevolte

Karl-Dietrich Erdmann wurde 1910 in Mülheim am Rhein geboren und studierte seit 1928 Geschichte, Theologie und Philosophie in Köln, Paris, London und Marburg. Er promovierte 1933 und ging dann in den Schuldienst. Von Mai 1940 bis März 1944 folgte der Kriegsdienst an der Westfront, zum Ende des Krieges war er in der Offiziersausbildung tätig. Im September 1945 habilitierte Erdmann sich in Köln, wechselte 1953 schließlich nach Kiel, wo er bis zu seiner Emeritierung 1978 den Lehrstuhl für Mittlere und Neuere Geschichte innehatte.<sup>23</sup>

Erdmann ist innerhalb des Professorenkreises und in dieser Zeit äußerst präsent, weil er bereits im Sommersemester 1961 Dekan der Philosophischen Fakultät,<sup>24</sup> im Sommersemester 1966 und Wintersemester 1966/67 Rektor<sup>25</sup> sowie im Sommersemester 1967 dann Prorektor<sup>26</sup> war. Wie bereits erwähnt, war ein wesentliches Thema in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre das Aushandeln einer neuen Hochschulverfassung.<sup>27</sup> In Kiel fürchteten die Studierenden, nicht genügend Mitsprache in dieser Angelegenheit zu haben. Das kann nicht verwundern, war doch die Arbeit der Hochschulkommission, die einen Entwurf für die neue Verfassung erarbeiten sollte, eine reine Angelegenheit der Ordinarien. Zwar hatte sich der Senat 1963 dazu durchringen können, die zwei studentischen Vertreter mit beratender Stimme in »besondere Gäste mit Stimmrecht in studentischen Angelegenheiten« umzufunktionieren, aber vom Konsistorium, also dem verfassungsgebenden Gremium, das das Rektorat wählte, blieben Studierende weiterhin ausgeschlossen. Auch die Art und Weise, wie um die neue Verfassung verhandelt wurde, nämlich hinter verschlossenen Türen, missfiel den Studierenden und sie lehnten diese ›Schubladenverfassung‹ ab.

Erdmann wird spätestens 1967 als Rektor in das Aushandeln der neuen Verfassung involviert gewesen sein. In der Frage um studentische Teilnahme in den Sitzungen der engeren

---

22 Hodenberg 2006 (wie Anm. 6), S. 12. – Vgl. Anne Rohstock: ›1968‹ und die Hochschulreform – Universitäten zwischen gesellschaftlicher Kritik und der Rationalität des Kalten Krieges, in: 1968. Kontinuitäten und Diskontinuitäten einer kulturellen Revolte, hg. v. Maïke Sophie Baader u.a., Frankfurt am Main 2021, S. 249–268, hier S. 251.

23 Vgl. Karl-Dietrich Erdmann, in: Kieler Gelehrtenverzeichnis, <https://cau.gelehrtenverzeichnis.de/person/a46fed9f-a6e4-30b3-099a-4d4c608b0ea4> [3. August 2024].

24 Vgl. Personal- und Vorlesungsverzeichnis CAU Kiel, Sommersemester 1961, S. 10.

25 Vgl. Personal- und Vorlesungsverzeichnis CAU Kiel, Sommersemester 1966, S. 16. – Personal- und Vorlesungsverzeichnis CAU Kiel, Wintersemester 1966/67, S. 16.

26 Personal- und Vorlesungsverzeichnis CAU Kiel, Sommersemester 1967, S. 17.

27 Vgl. Bichow 2013 (wie Anm. 2), S. 65 u. 71.

Fakultät war der Lehrkörper zerstritten.<sup>28</sup> Eine Abstimmung im Konsistorium über die Beteiligung von Assistenten und Studierenden war zwar knapp positiv ausgefallen, jedoch wandten sich die 44 überstimmten Professoren in der Folge direkt an den Kultusminister mit der Bitte um Intervention. In dem Schreiben warnten sie davor, »daß die akademische Selbstverwaltung von Forschung und Lehre Schaden leiden kann, wenn gemäß dem vom Konsistorium verabschiedeten Verfassungs-Entwurf Vertreter der Studentenschaft und der Assistenten Mitglieder der engeren Fakultät werden.« Erdmann, dem als Rektor die Aufgabe zugekommen wäre, das Anliegen an das Kultusministerium zu kommunizieren, weigerte sich, den Brief an Claus Joachim von Heydebreck weiterzugeben; es entbehrte nicht einer gewissen Ironie, dass die Professoren ausgerechnet den Kultusminister um Hilfe bei der Durchsetzung ihrer Selbstverwaltung zu bitten beabsichtigten. Erdmann wies darauf hin, dass mit diesem Brief »die Glaubwürdigkeit der akademischen Selbstverwaltung ernsthaft in Frage gestellt würde.«<sup>29</sup>

Die Professoren umgingen Erdmann und zögerten damit im Endeffekt auch die Verabschiedung der neuen Verfassung hinaus, da es nun wiederum zu weiteren Diskussionen zwischen Studentenschaft, Senat und Kultusministerium kam, in die zeitweise sogar Ministerpräsident Helmut Lemke involviert war. Dieser war direkt von den Studierenden auf die unklaren Verhältnisse und die mangelhaften Möglichkeiten der Teilhabe hingewiesen worden und hatte sich daraufhin tatsächlich zu einer Erklärung entschieden. Die Verfassung war gerade zwei Tage zuvor erlassen worden und nun sprach Lemke von der Willkür der Ordinarien, die also die Studierenden mal zu Fakultätssitzungen hinzuzögen, mal nicht, und schlug vor, eine generelle Vertretung in den Gremien und eine Beteiligung an Dekanatswahlen zu ermöglichen. Der AStA bedankte sich beim Ministerpräsidenten, Erdmann protestierte. Er missbilligte den Schritt der Studierenden, denn je mehr diese auf den Eingriff von außen pochten, um ihre Wünsche nach Mitbestimmung zu realisieren, desto mehr sähe die Universitätsleitung ihre Autonomie gefährdet.

In diesem Zuge kam es am 4. Juli 1967, am Tag der Verabschiedung der Verfassung, zum ersten Kieler Sit-In im Foyer des Uni-Hochhauses, wo sich Rektor Erdmann den etwa 100 bis 150 Studierenden stellte, die an der Protestaktion mit Plakaten und Transparenten teilnahmen.<sup>30</sup> Auf den Fotografien, die das Ereignis dokumentieren, sieht man Erdmann, wie er am Bildrand inmitten der sitzenden Studierenden steht und sich gut gelaunt, lächelnd mit den Studierenden unterhält (Abb. 2). Auf den Plakaten prangen verschiedene Protestsprüche.

Solche sogenannten performativen Handlungen, also diese inszenierten, vor allem visuell wirkmächtigen Ausdrucksweisen, sind typische Protestformen, die sich die europäischen Studentenbewegungen von den amerikanischen Vorbildern der Bürgerrechtsbewegung abgeguckt

---

28 Vgl. Bichow 2013 (wie Anm. 2), S. 69.

29 Zit. n. Bichow 2013 (wie Anm. 2), S. 70.

30 Vgl. Uekert 2016 (wie Anm. 20), S. 23–24.



↑ **Abb. 2.** Studierende der Christian-Albrechts-Universität (CAU) demonstrieren für eine demokratisch verfasste CAU, rechts im Anzug Rektor Prof. Karl-Dietrich Erdmann. Auf den Plakaten zu lesen v. l.: »[Magnifizenz! Sie sind gegen den Ausbildungsnotstand in der BRD – Was unternehmen Sie gegen die] undemokratische Verfassung unserer Universität? Das Aktionskomitee«; »[Stu]dent! [We]chsle die Kaser[ne], [geh] in die Bund[esweh]r, dort kri[egst du] etwas Geld«; »Wir fordern: Berliner Modell«; »Sind Studenten Universitäts-Minderheiten?«; »STUDE[NT] vom Kons[istorium] bezu[ngen]«. Foto 3.7.1967: Friedrich Magnussen, veröffentlicht unter der Lizenz [CC BY-SA 3.0 DE](#), Stadtarchiv Kiel, [Fotoarchiv](#), Sign. 19.060.

haben.<sup>31</sup> Sit-Ins, Go-Ins oder Teach-Ins wurden auch in Kiel wiederholt als Mittel des öffentlichkeitswirksamen Protests genutzt.<sup>32</sup>

Einige Jahre später hatten die Auseinandersetzungen mit den Studierenden einen schärferen Ton angenommen. Als es der Studentenschaft 1972, als das Landeshochschulgesetz zum wiederholten Mal intensiv diskutiert wurde, mit einem aktiven Streik erneut gelang, den Lehrbetrieb an der Universität lahmzulegen, entschied Erdmann sich dazu, nicht klein bei zu geben und seine Lehrveranstaltungen wie geplant abzuhalten.<sup>33</sup> Für die Streikwoche im Juli 1972 hatte er einen indischen Kollegen für eine Gastvorlesung eingeladen. Allerdings hatte

31 Vgl. Gassert 2018 (wie Anm. 9), S. 105, 122 u. 128.

32 Vgl. zu den Protestformen in Kiel auch Christoph Cornelißen: »Kiel 68« – Sozialprotest und kultureller Aufbruch (Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte Bd. 85, 1), Kiel 2009, S. 2.

33 Vgl. Bichow 2013 (wie Anm. 2), S. 144–147.

er die Rechnung ohne die Gruppe Studierender, die im Hebbel-Hörsaal am 28. Juli auf ihn warteten, gemacht. Diese wollten mit ihm über das Hochschulgesetz diskutieren und provozierten mit Zwischenrufen. Erdmann forderte die Studierenden auf, solcherlei Störungen zu unterlassen und ließ sich auf keine Diskussion ein. Als diese Ansagen aber keine Wirkung zeigten, machte er einen Studenten für die Störungen verantwortlich, der ihm namentlich bekannt war und erstattete Anzeige wegen Hausfriedensbruch gegen Klaus Viebrock. Der darauffolgende Prozess erlangte innerhalb der Universität große Aufmerksamkeit. Der Senat verteidigte Erdmanns Entscheidung und beharrte, dass Erdmann die Studenten nicht etwa hatte mundtot machen wollen in ihrer Kritik – wie der AStA behauptete –, sondern lediglich gegen die Störungen vorgegangen sei.

Der Prozess fand erst ein Jahr später im Mai 1973 statt. Während der Urteilsverkündung waren so viele protestierende Studierende anwesend, dass der Richter den Saal räumen ließ. Aus einer Dokumentation der Fachschaft Geschichte wird deutlich, dass das Urteil auf Hausfriedensbruch zumindest als fragwürdig bewertet wurde, da Viebrock, nach Zeugenaussagen, nicht direkt an den Störungen beteiligt gewesen sei und Erdmann dem Richter nicht nur den Hergang eben dieser Vorlesungssprengung erläutert, sondern generell einen Bericht über die untragbaren Zustände an der Universität dargeboten habe.

Die Strafanzeige Erdmanns war keineswegs der erste Vorfall, bei dem die örtlichen Behörden von einem Professor eingeschaltet wurden, wie die Vorgänge rund um ein unerlaubtes Teach-In und den Professor Wilhelm Halbsguth verdeutlichen. 1912 in Köln geboren, verbrachte dieser seine wissenschaftliche Karriere als Mitarbeiter für Biologie ab 1937 zunächst in Bonn, dann in Würzburg und Halle und schließlich wieder in Bonn, bevor er 1954 zunächst außerplanmäßiger, dann außerordentlicher Professor für Botanik an der Universität in Frankfurt am Main wurde. 1966 wurde er zum ordentlichen Professor für Botanik an der CAU berufen und hatte 1969/70 das Dekanat der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät inne.<sup>34</sup>

Ein Flugblatt des AStA vom 25. November 1969 berichtet über einen Polizeieinsatz auf dem Campus, den Halbsguth zu verantworten hatte.<sup>35</sup> Die ›Basisgruppe‹ und die Fachschaft für Biologie hatten um einen Raum für ein Teach-In gebeten, heißt es darin. Man hatte über das kleine zoologische Praktikum informieren und diskutieren wollen. Halbsguth habe daraufhin einen freien Hörsaal verweigert, auch das Einschalten des AStA, der sich an Professor Braunter, den damaligen Prorektor, wandte, blieb erfolglos. Die Studierenden kamen trotzdem und standen pünktlich um 18:00 Uhr zum angekündigten Teach-In vor verschlossener Tür. Im Flugblatt heißt es dann weiter, kurz darauf sei das Klirren von Fensterscheiben zu hören gewesen, woraufhin man der Sache nachgegangen sei und festgestellt habe, dass eine Fensterscheibe

---

34 Zu Wilhelm Halbsguth vgl. Kieler Gelehrtenverzeichnis, <https://cau.gelehrtenverzeichnis.de/person/b6d65538-2512-e6df-d066-4d4c60d6dcd9> [3. August 2024].

35 Flugblatt des AStA vom 25. November 1969, LASH Abt. 47.7 Nr. 498.

des Hörsaals zerbrochen war. Jetzt hatten die Studierenden also einen Weg in den Hörsaal gefunden und hielten hier ihr Teach-In ab. Etwa eine Stunde später traf die Polizei ein und die Studierenden suchten das Weite, wie im Flugblatt nachzulesen ist:

»Alle, die im Hörsaal gewesen waren, konnten fliehen; nur 6 Genossen, die auf dem Wege – offensichtlich verspätet zum Teach-In waren, wurden geschnappt und sistiert. Hierbei tat sich Halbsguth insofern besonders hervor, als er persönlich zwei brillenlose, kurzsichtige Kommilitonen überwältigte und der Polizei übergab. Außerdem leitete Halbsguth, sich an seine Wehrmachtszeit erinnernd, den Polizeieinsatz und somit die Hatz auf die Kommilitonen – die mit den Bullenworten endete: »wenn ihr nochmal hierherkommt, kommt ne ganze Hundertschaft und ihr kriegt ‘n Arschvoll!«

Am Schluss des Flugblatts wird auf die Senatssitzung hingewiesen, die am kommenden Abend in »unserem neuen schönen Audimax« stattfinden sollte, und bei der Halbsguth sich zu rechtfertigen haben würde. Der AStA wiederum plante als Reaktion auf die Ereignisse um 18:00 Uhr, im Audimax ein Teach-In über Halbsguth zu veranstalten.

Besagte Sitzung fand am Abend des 25. November statt, und zwar unter der Federführung des damaligen Rektors, dem Professor für Innere Medizin Ludwig Weisbecker.<sup>36</sup> Kurz zu seiner Vita: Weisbecker kam 1915 in Mainz zur Welt. Er war jüdischer Abstammung, kam während des Zweiten Weltkrieges in das KZ Buchenwald und musste dort als Lagerarzt arbeiten. Nach Kriegsende wurde er wissenschaftlicher Assistent, später Privatdozent und außerordentlicher Professor für Pharmakologie an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau, bevor er ab 1962 bis 1979 als ordentlicher Professor für Innere Medizin und als Direktor der 2. Medizinischen Klinik und Poliklinik in Kiel tätig war.<sup>37</sup> Bereits zu Beginn des Sommersemesters 1969 war es zu einer Sprengung einer Senatssitzung durch etwa 100 Studenten gekommen.<sup>38</sup> In dieser sollte der geplante Staatsvertrag für ein neues Ordnungsrecht an den Hochschulen besprochen werden.<sup>39</sup> Die Professoren Weisbecker, Braunert und Jochimsen hatten kurz zuvor noch einen Antrag auf Zulassung universitätsinterner Öffentlichkeit gestellt, der allerdings von der Mehr-

---

36 Vgl. Personal- und Vorlesungsverzeichnis CAU Kiel, Wintersemester 1969/70, S. 19.

37 Zu Ludwig Weisbecker vgl. Kieler Gelehrtenverzeichnis, <https://cau.gelehrtenverzeichnis.de/person/8e314e5c-acc-e566-a0ce-4e8ef0bd4e7f> [3. August 2024].

38 Darüber berichtet das Flugblatt des AStA vom 28. April 1969, LASH Abt. 47.7 Nr. 499.

39 Das Ordnungsrecht war ein Thema, das besonders heiß diskutiert und von der Studentenbewegung wiederholt kritisiert wurde, weil es zum Einen noch aus der Zeit des Nationalsozialismus stammte und zum Anderen als Mittel angesehen wurde, um die eigenen berechtigten Forderungen im Keim zu ersticken. Die Tatbestände waren teilweise so weit gefasst und »offen auslegbar, dass potentiell jedes Fehlverhalten geahndet werden konnte.« Darüber hinaus beinhaltete das Ordnungsrecht eine doppelte Gerichtsbarkeit, da die Studierenden auch für Delikte außerhalb der Universität belangt werden konnten, Bichow 2013 (wie Anm. 2), S. 94–95.

heit der Senatsmitglieder abgelehnt worden sei. Der AStA stellte resigniert fest, »das Rektorat konnte sich gegenüber den »ewig Gestrigen« nicht durchsetzen.«<sup>40</sup> Mit dem Ziel, letztlich doch noch die Öffentlichkeit herzustellen, veranstalteten die Studierenden ein Go-In und sprengten somit die Sitzung. Die Dekane der Medizinischen, Philosophischen und Naturwissenschaftlichen Fakultäten, die Professoren Lüllmann, Halbsguth und Ott wandten sich daraufhin direkt an den Kultusminister. In einem Brief vom 7. Mai 1969 drückten sie ihr Bedauern darüber aus, dass der »Akademische Senat [...] seit geraumer Zeit nicht mehr funktionsfähig ist«,<sup>41</sup> wobei es sich um eine Übertreibung handeln muss, blieben solche Vorfälle der gezielten und koordinierten Sprengung doch die Ausnahme.

In Weisbeckers Rektorat fiel neben den Auseinandersetzungen mit den Kollegen im Senat außerdem ein weiterer Höhepunkt der studentischen Proteste – die Streikwoche im Juni 1969. In diese Woche vom 2. bis 10. Juni fiel die Besetzung der Politologie im 8. Stock des Uni-Hochhauses und die Konfrontation mit dem Professor Michael Freund sowie die Demonstration vor dem Landtag gegen das neue Hochschulgesetz und Ordnungsrecht, an der etwa 6.000 Menschen teilnahmen.<sup>42</sup> Als Rektor stand Weisbecker somit an der Spitze der Universität, als sich die Studentenbewegung mit ihren Aktionen bereits auf ihrem Höhepunkt befand.<sup>43</sup>

Die Senatssitzung Ende November desselben Jahres stand, wie erläutert, unter dem Eindruck des Polizeieinsatzes im Botanischen Institut tags zuvor.<sup>44</sup> Ein Antrag auf Öffentlichkeit wurde abgelehnt, erneut verschaffte sich eine Gruppe Studierender durch ein Go-In Zutritt zur Sitzung. Aufgrund der Störung sah sich Weisbecker gezwungen, die Sitzung abubrechen. Bei dem Verlassen des Raumes kam es zu einer Rangelei an der Tür, bei der Weisbecker einen Schlag in die Magengegend erhielt, bewusstlos zusammenbrach und ins Krankenhaus gebracht werden musste. In einem Flugblatt vom darauffolgenden Tag bezeichnet der AStA den Vorfall als »bedauerlich« und »von uns in keiner Weise beabsichtigt«.<sup>45</sup> Die Uni stellte den Lehrbetrieb zum Zweck der Selbstbesinnung über Gewaltanwendung für eine halbe Woche ein.<sup>46</sup> Am näch-

40 Flugblatt 1969 (wie Anm. 37).

41 Schreiben an den Kultusminister vom 7. Mai 1969, LASH Abt. 47, Nr. 4131.

42 Vgl. Andrea Nolte: »Diese Universität gehört uns!« – Die Streikwoche an der CAU im Juni 1969, in: Tauschek 2016 (wie Anm. 20), S. 56–67.

43 Cornelißen 2009 (wie Anm. 32), S. 2 weist darauf hin, dass »schon im Laufe des Jahres 1969 die Unterstützung bei den Protestaktionen nachließ, um danach in mehr oder weniger sektiererische Auseinandersetzungen abzusinken.« – Müller 2015 (wie Anm. 20) S. 621 verortet das Ende der Kieler Studentenbewegung in den Februar 1970.

44 Vgl. Hannah Kemper: Von einer blauen Klosettbürste und einer geplatzten Rektoratsfeier: Eine Persiflage als studentische Protestform gegen ein akademisches Ritual, in: Tauschek 2016 (wie Anm. 20), S. 43–55, hier S. 50–51.

45 Flugblatt des AStA vom 26. November 1969, LASH Abt. 47.7 Nr. 498.

46 Vgl. Swantje Piotrowski: Kieler Professoren, ihre Söhne und der linke Terrorismus. Zum Umgang mit akademischem Traditionsbewusstsein und politischer Radikalisierung an der CAU, in: *Abseits der Universität? Skandal, Terrorismus, Kriegsgefangenschaft in der Kieler Universitätsgeschichte des 20. Jahrhunderts*, hg. v. Oliver Auge und Karen Bruhn (Kieler Studien zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 1), Kiel 2020, <https://doi.org/10.38072/2701-5122/p5>, S. 98–123, hier S. 100.

sten Tag fand ein Teach-In im Audimax zu den Ereignissen statt, das von Prorektor Braunert geleitet wurde. Weisbecker verzichtete in Folge der Ereignisse auf einen Strafantrag und blieb seiner Linie der Deeskalation und des strikten Gewaltverzichts treu. Er stand damit gewissermaßen zwischen den Fronten: Als Rektor war er einerseits an die akademischen Normen gebunden und musste im Umgang mit den Spannungen sowohl den Professoren gerecht werden und vor allem effektiv mit ihnen zusammenarbeiten, um eine Hochschulreform realisieren zu können. Andererseits sympathisierte er mit der antiautoritären Bewegung, sicherlich nicht zuletzt deshalb, weil seine eigenen Kinder in der Außerparlamentarischen Opposition (APO) aktiv waren. Sein Sohn Thomas wurde 1972 als RAF-Mitglied in Augsburg erschossen. In einem Interview mit den *Kieler Nachrichten* zu seinem Amtsantritt wurde Weisbecker nach seinem Verhältnis zur APO befragt und äußerte sich diplomatisch:

»Meine Erziehung in der Schule stand unter dem Leitwort ›Toleranz‹. Ich stimme zwar mit vielen Methoden und Zielen der APO nicht überein; ich werde aber dafür auf die Barrikaden gehen, daß diese Leute ihre Meinung sagen und vertreten können. Ich habe Verständnis für diese jungen Leute. [...] Ich meine auch, die geistige Auseinandersetzung sollte hart geführt werden. Ich bin Arzt und deshalb gegen jedes Blutvergießen. Ich habe früher genug mitgemacht, um zu wissen, was Gewalt ist und werde mich gegen sie wehren, von welcher Seite sie auch ausgeht.«<sup>47</sup>

Ob Weisbecker dem Zitat seines Kollegen im Titel des vorliegenden Beitrags zugestimmt hätte, erscheint im Licht dieser Äußerung äußerst unwahrscheinlich.

Im Oktober 1969 geriet der Professor Karl August Ott zum wiederholten Mal mit seinen Studierenden aneinander. In dem bereits erwähnten Flugblatt vom 6. November 1969 wird der Hergang der Vorlesung wiedergegeben.<sup>48</sup> Demnach hätten Studierende ihn dazu aufgefordert, zum Thema Strafanzeigen Stellung zu nehmen. Ott habe daraufhin erwidert,

»[...] man habe ihm Unrecht getan, man habe sogar sein Leben bedroht, er habe Anschläge erlebt, indem ›unanständige‹ Studenten Fakultätssitzungen und Vorlesungen gesprengt hätten. Zur Auffassung der Studenten, die Forderungen nach Öffentlichkeit seien selbstverständlich, meinte Ott: ›WIE KANN ÜBERHAUPT JEMAND, DER PHILOGIE STUDIERT, DAS WORT »DEMOKRATISIEREN« IN DEN MUND NEHMEN.‹ [...] Er sagte wiederholt: ›DEMOKRATISIERUNG IST DOCH ALBERN!‹«

---

47 ›Autorität ist Persönlichkeit plus Leistung‹, in: *Kieler Nachrichten* vom 22. März 1969, LASH Abt. 47 Nr. 4123.

48 Flugblatt, 1969 (wie Anm. 1).



↑ **Abb. 3.** Vandalismus in der Christian-Albrechts-Universität (CAU). Seminarraum des Romanischen Seminars. Das Mobiliar ist mit Löschschaum unbenutzbar gemacht, Pult und Wandkarte mit Farbe beschmiert; an der Wand Drohsprüche gegen den Ordinarius für Romanische Philologie, Prof. Dr. Ott: »Ott! Wir werden dich schlagen«; »Ott! Das wär's fürs erste«; »Ott! Du Schwein«. Foto 12.5.1970): Friedrich Magnussen, veröffentlicht unter der Lizenz [CC BY-SA 3.0 DE](#), Stadtarchiv Kiel, [Fotoarchiv](#), Sign. 22.110.

Karl August Ott stammte aus dem hessischen Helsa, wo er 1921 geboren wurde und 1939 das Abitur ablegte.<sup>49</sup> Er studierte mit mehrjähriger Unterbrechung durch Kriegsdienst und Dolmetschertätigkeit an der Universität Heidelberg Romanische und Deutsche Philologie sowie Philosophie. 1947 wurde er promoviert und war dann zunächst als Assistent, später als Lektor am Romanischen Seminar in Heidelberg tätig. Hier habilitierte er sich auch 1960. 1964 folgte er dann dem Ruf nach Kiel und war im Wintersemester 1969/70 Dekan der Philosophischen Fakultät.<sup>50</sup>

Das angespannte Verhältnis der Studierenden zu Ott schwelte bereits seit mehreren Semestern. In der Kritik der Studierenden standen dabei nicht nur Otts Lehrverhalten, sein als autoritär empfundenes Auftreten und der Umgang mit Studierenden und seinen Mitarbeitenden. Es herrschte darüber hinaus Missmut darüber, dass drei weitere Lehrstühle an der Philosophischen Fakultät angeblich aufgrund eigener Bemühungen von Ott unbesetzt waren und dieser sich nicht angemessen für ein Ende dieser Vakanz einsetzte. In der studentischen

<sup>49</sup> Zu Karl August Ott vgl. Kieler Gelehrtenverzeichnis, <https://cau.gelehrtenverzeichnis.de/person/26b7ed83-c214-6485-c3ee-4eb01ea37922> [3. August 2024].

<sup>50</sup> Vgl. Personal- und Vorlesungsverzeichnis CAU Kiel, Wintersemester 1969/70, S. 21.

Berichterstattung ist außerdem immer wieder die Rede von Hiwis und Tutoren, die von Ott dazu angehalten wurden, unliebsame, störende Studierende zu fotografieren, was ihm als Be-spitzelung ausgelegt wurde.

Die Auseinandersetzungen am Romanischen Seminar dauerten noch bis ins Jahr 1970. In einem Schreiben vom 2. Juni 1970 bat Ott den Kultusminister Walter Braun um Erlaubnis, seine Vorlesungen im Sommersemester 1970 einzustellen.<sup>51</sup> Gleich die erste Vorlesung des Semesters sei von linksradikalen Studenten gestört worden. Man habe ihn mit Farbeiern beworfen und aufgefordert, seine Lehrtätigkeit einzustellen. In der dritten Vorlesung am 4. Mai habe man sogar gezielt Stinkbomben, Farbeier und Feuerwerksraketen auf ihn geworfen. Otts Bericht zu den Vorgängen während seiner Vorlesungen mutet an wie der dramatische Niedergang eines Professors auf verlorenem Posten. Als in der Nacht vom 11. auf den 12. Mai der Hörsaal im Romanischen Seminar verwüstet wurde (Abb. 3), sah Ott sich gezwungen, seine Vorlesungen einzustellen, obgleich er bis zum Schluss wiederholt seine Bereitschaft betonte, seinen »Verpflichtungen im vollen Umfang nachzukommen.« Eine Unterredung mit dem werdenden Rektor des anstehenden Wintersemesters, Diedrich Schroeder, veranlasse ihn zur Überzeugung, vom Rektorat keinen Schutz erwarten zu dürfen, insofern bleibe ihm schlichtweg keine andere Wahl.

## Fazit

Die durch den bundesweit kritisierten Bildungsnotstand und den rasanten Anstieg an Studierendenzahlen bedingten und in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre immer stärker zutage tretenden Probleme an den Universitäten, waren auch in Kiel spürbar. Die großen überregional wirkmächtigen Schlüsselmomente der Studentenbewegung hallten einerseits im provinziellen Kiel nach, gleichzeitig gewannen die Proteste aber auch ihre eigene Prägung mit spezifischen Höhepunkten. Die Auseinandersetzungen mit Lehrpersonen, mehr noch, hohen Amtsträgern aus den Reihen des Rektorats oder Dekanats, können nicht nur als Nebenerscheinung, sondern als Ausdruck dieser Protesthöhepunkte interpretiert werden. Das Augenmerk hierbei auf die Professoren zu lenken, scheint dabei lohnenswert, weil diese eine Kontinuität innerhalb einer sehr dynamischen Zeitspanne darstellen und als Entscheidungsträger und Personen in Machtpositionen die Universität und vor allem den Umgang mit Konflikten in besonderem Maße prägten. Neben Details zu konkreten Streitpunkten erfahren wir durch das Beleuchten der Konfliktmomente mit den Studierenden auch etwas über bestehende Loyalitäten innerhalb der Professorenschaft und über Konflikte zwischen verschiedenen inner- und außeruniversitären Akteursgruppen.

---

51 Schreiben verfasst von Karl August Ott an das Kultusministerium vom 2. Juni 1970, LASH Abt. 47 Nr. 213.

Dass die von den Studierenden gewählten Protestformen nicht immer so friedlich wie zum Zeitpunkt des Sit-Ins im Uni-Hochhaus ausfielen, sondern vor allem zu Beginn der 1970er Jahre radikaler wurden, liegt neben politisch-ideologischen Motivationen sicherlich auch in der lange als unzureichend wahrgenommenen studentischen Teilhabe an Entscheidungsprozessen begründet. Allen vier hier vorgestellten Professoren ist gemein, dass ihr Handeln eher als reaktionär denn proaktiv bezeichnet werden kann. Hatte sich Erdmann bei dem Sit-In im Juli 1967 noch bereitwillig auf ein Gespräch mit den Protestierenden eingelassen, griff er 1972, wie auch sein Kollege Halbsguth Jahre zuvor, zum Mittel der Strafanzeige gegen einen Studenten. Ungeachtet der Frage, ob solche Strafanzeigen berechtigt waren oder nicht, polarisierten sie in der Studierendenschaft, da sie vor dem Hintergrund eines noch auszuhandelnden Ordnungsrechts getätigt wurden.


Eine Verwicklung in Auseinandersetzungen vor dem Hintergrund der Studentenproteste ist natürlich bei der Fokussierung auf vier Professoren, die gleichzeitig Amtsträger waren, zu erwarten. Hier greift eine Problematik in der Überlieferung. Dekane, Rektoren oder jene Professoren, die in besondere Konfliktsituationen mit Studierenden geraten sind, die inner- und außeruniversitär verhandelt wurden, sind in den Quellen wesentlich besser zu fassen, als solche, die ein gutes Verhältnis zu den Studierenden pflegten oder einfach ihrem Forschungs- und Lehralltag nachgingen, obgleich unter sicherlich erschwerten Bedingungen einer sich im Um- und Ausbau befindlichen Institution. Die Rektoren und der Senat hatten vorrangig die Aufgabe, sich mit der Verwaltung und Umstrukturierung, mit Fragen der Studien- und Hochschulreform auseinanderzusetzen. Eine Fokussierung auf diese Professorengruppe erweckt womöglich bisweilen den Anschein einer bewegten Universität unter dem Eindruck politisierter und gewaltbereiter Studierender. Eine Bilanz von Professor Diedrich Wilhelm Schroeder, Rektor des Jahres 1970/71, kann dieses Bild wieder etwas zurechtrücken. Im Juni 1970 geben die *Kieler Nachrichten* die Aussagen des frischgewählten Rektors im Hinblick auf die Situation der deutschen Hochschulen wieder:

»Tatsächlich sieht es so aus: In Kiel wurden im letzten Semester nur 22 Vorlesungen gestört oder gesprengt (von 1400 Veranstaltungen), vier Institute beschädigt oder beschmiert (von rund 100 Seminaren), eine Fakultätssitzung gesprengt (bei etwa 70 bis 80 derartiger Sitzungen). Das entspricht einem Störungsfaktor von nur etwa drei Prozent, sagte Schroeder. Diese Unruhe bezeichnete er als einen ›Ausdruck der Gärung‹, der ›Erneuerung von innen‹, die nach jahrelanger Stagnation einsetzte.«<sup>52</sup>

---

52 ›Erneuerung von innen‹, in: *Kieler Nachrichten* vom 24. Juni 1970, LASH Abt. 47 Nr. 4123.

## Autorin

Anne Krohn M.A. ,

Abitur 2014, Studium der Geschichte und Anglistik/Nordamerikanistik in Kiel, Bachelor 2019, Master 2022. Seit August 2022 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Projekt »Kieler Gelehrtenverzeichnis« an der Abteilung für Regionalgeschichte der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

E-Mail: [akrohn@histosem.uni-kiel.de](mailto:akrohn@histosem.uni-kiel.de)

---

 **Open Access** // Der Artikel ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung 4.0 International veröffentlicht. Den Vertragstext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>. Bitte beachten Sie, dass einzelne, entsprechend gekennzeichnete Teile des Werks von der genannten Lizenz ausgenommen sein bzw. anderen urheberrechtlichen Bedingungen unterliegen können.